

Antrag

**der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU und
des Abg. Andreas Glück FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Integration

Türkeireise von Integrationsministerin Öney im Frühjahr oder Sommer 2011

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob es zutrifft, dass Integrationsministerin Öney im Frühjahr oder Sommer 2011 eine Dienstreise bzw. eine Reise, in deren Verlauf dienstliche Termine wahrgenommen wurden, in die Türkei unternommen hat;
2. falls Ziffer 1. bejaht wird, welches Programm Integrationsministerin Öney dort wahrgenommen hat (jeweils unter Benennung des Termins und des Gesprächspartners bzw. des Besuchsziels);
3. welche der zu Ziffer 2. gegebenenfalls benannten Programmpunkte inwiefern einen spezifisch integrationspolitischen Charakter hatten;
4. falls in der Stellungnahme zu Ziffer 2. gegebenenfalls ein Gespräch oder mehrere Gespräche mit türkischen Amts- oder Mandatsträgern genannt wird bzw. werden, welche Themen dabei besprochen wurden und welche Erklärungen politischen Inhalts Integrationsministerin Öney in diesem Zusammenhang abgegeben hat;
5. welche spezifischen Erkenntnisse Integrationsministerin Öney gegebenenfalls durch ihre Reise für die Integrationspolitik in Baden-Württemberg gewinnen konnte;
6. ob und inwiefern die Durchführung der Reise vorab mit dem Staatsministerium abgestimmt war;

7. falls Ziffer 1. bejaht wird, wer die Kosten der Reise in welcher Höhe getragen hat und was diese Reise der Integrationsministerin das Land insgesamt gekostet hat.

08. 02. 2012

Dr. Lasotta, Deuschle, Gurr-Hirsch, Paal, Schütz, Teufel CDU

Glück FDP/DVP

Begründung

Dem Vernehmen nach hat Integrationsministerin Öney bereits im Frühjahr oder Sommer 2011 eine Reise mit dienstlichem Charakter in die Türkei unternommen. Mit dem Antrag soll erfragt werden, ob dies zutrifft, welchen Erkenntnisgewinn die Reise der Integrationsministerin für die Integrationspolitik in Baden-Württemberg erbracht und welche Kosten sie verursacht hat.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 1. März 2012 Nr. 03-0141-5 nimmt das Ministerium für Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchern
zu berichten,*

- 1. ob es zutrifft, dass Integrationsministerin Öney im Frühjahr oder Sommer 2011 eine Dienstreise bzw. eine Reise, in deren Verlauf dienstliche Termine wahrgenommen wurden, in die Türkei unternommen hat;*
- 2. falls Ziffer 1. bejaht wird, welches Programm Integrationsministerin Öney dort wahrgenommen hat (jeweils unter Benennung des Termins und des Gesprächspartners bzw. des Besuchsziels);*
- 3. welche der zu Ziffer 2. gegebenenfalls benannten Programmpunkte inwiefern einen spezifisch integrationspolitischen Charakter hatten;*
- 4. falls in der Stellungnahme zu Ziffer 2. gegebenenfalls ein Gespräch oder mehrere Gespräche mit türkischen Amts- oder Mandatsträgern genannt wird bzw. werden, welche Themen dabei besprochen wurden und welche Erklärungen politischen Inhalts Integrationsministerin Öney in diesem Zusammenhang abgegeben hat;*
- 5. welche spezifischen Erkenntnisse Integrationsministerin Öney gegebenenfalls durch ihre Reise für die Integrationspolitik in Baden-Württemberg gewinnen konnte;*
- 6. ob und inwiefern die Durchführung der Reise vorab mit dem Staatsministerium abgestimmt war;*
- 7. falls Ziffer 1. bejaht wird, wer die Kosten der Reise in welcher Höhe getragen hat und was diese Reise der Integrationsministerin das Land insgesamt gekostet hat.*

Zu 1. bis 7.:

Die Reise der Integrationsministerin fand vom 2. bis 5. Juni 2011 statt (Ankunft in Istanbul am 2. Juni nachmittags, Abreise am 5. Juni mittags).

Sie folgte damit einer im Zusammenhang mit 50 Jahren Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und Deutschland stehenden Einladung des Oberbürgermeisters der Stadt Istanbul. An der Reise haben auch die niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft und des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie Abgeordnete aus Belgien, Dänemark und Österreich teilgenommen.

Gerade im Hinblick auf den 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens, aber auch sonst ist es für die Integrationsministerin selbstverständlich, mit der türkischen Seite über die Entwicklung seit 1961 und über Erfolge und Probleme, hier in Deutschland wie beispielsweise in Istanbul, sowie über Lösungsansätze Gespräche zu führen. Die Integrationsministerin wird diesen Meinungsaustausch auch künftig fortsetzen.

Dementsprechend hat die Integrationsministerin bei ihren Gesprächen in Istanbul, unter anderem mit dem dortigen Oberbürgermeister, mit Abgeordneten des türkischen Parlaments und dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Istanbul die baden-württembergische Position zur Fragen der Integration der aus der Türkei zugewanderten Arbeitnehmer und ihrer Familien dargestellt. Ferner hat die Integrationsministerin bilateral mit hochrangigen Vertretern der Universität Istanbul Fragen der Migrationsforschung und der Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit baden-württembergischen Universitäten erörtert.

Im Hinblick auf den völligen Neuaufbau des Integrationsministeriums ist eine Unterrichtung des Staatsministeriums versehentlich unterblieben. Für das Land sind keine Kosten entstanden.

Öney

Ministerin für Integration